

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606—3698. Telegrafische Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschein

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufträge in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr. 251 · B 123

SONNABEND, 30. MAI 1931

ABEND-AUSGABE · V

Schwerindustrie gegen Dietrich

Keine Erneuerung des Kohlsyndikats

Der Reichsfinanzminister Dietrich hat heute aus Pressemitteilungen, die ihren Ursprung wohl in Offenbach, zu seiner Ueberzeugung erlangen, daß er a m t a u ß e r sei. Entschlüsselt ist das Konto Dietrich in der letzten Zeit durch drei schwere Schuldposten belastet worden:

Zuerst und vor allem hat er sich erfolgreich der Ansicht widersetzt, das Kohlsyndikat gleich im neuen Jahre zu veräußern. Durch sein energieloses Eingreifen wurde schließlich ein weiteres Provisorium von drei Monaten befristet, um der Regierung freie Hand zu lassen, den Syndikaten und Kartellen auf den Leib zu rücken. Begreiflich, daß die Kreise, die stets für die Opfer der anderen eintreten, den demokratischen Minister gerne amtsüßig sehen.

daß der demokratische Minister nicht mehr lange im Amt zu bleiben geduldet.

Gelächelt ist der Reichsfinanzminister dafür verantwortlich, daß der Reichstag, die neuen Stellen einseitig auf Beamte und Angestellte zu legen, gefordert ist. Ein schweres Verbrechen in den Augen der Leute, die vom Staat verlangen, er möge die Schwerindustrie helfen, die Folgen ihrer falschen wirtschaftlichen und politischen Berechnungen immer wieder auf den Mittelstand und die breiten Massen abzuwälzen.

Aber noch regiert nicht der Bergbauliche Verein. Noch sind es nicht die vom liberalen Parteien, die maßgebenden Einfluß auf die Entscheidungen des Reichstags haben. Noch herrscht der wahrhaft nationale Geist verantwortungsbewußter Zusammenfassung aller Volksschichten zur Erhaltung des Staates und zur Weiterführung der Volkswirtschaft, deren erfolgreichster Träger Stresemann gewesen ist. Noch gilt das Wort vom „Staatsnot“, das den „Interessentumult“ hervorzurufen müßte. **Auch deshalb glaubt Dr. Dietrich nicht das Recht zu haben, amtsüßig zu sein.**

Der zweite wichtige Punkt in der Stellung Dietrichs ist seine einseitige Wertschätzung der Zollwohnpolitik, die Schwiele unter dem Druck des Großgrundbesitzes auf Kosten des Bauerntums, der Rentiers und der gesamten Mittelschichten und Handelsgüter immer weiter zu treiben will. Die kleinen, aber einflussreichen Gruppen, die an dieser Politik interessiert sind, unterstützen die Auffassung,

Gold und Silber

Von DR. SVEN VON MÜLLER

Auf der Welt-Geldreife-Konferenz in Rom hat der argentinische Vorkämpfer Perez ein kluges Wort in die Debatte geworfen. Die Weltwirtschaft ist aus den Fugen, die Produktionspreise der wichtigsten Metallgüter sind höher als die Verkaufspreise und doch kann der Summe von Millionen, obwohl die Speicher bersten, aus Mangel an Kaufkraft nicht gefüllt werden. Man suchte nach den Schuldigen an dieser Katastrophe der wirtschaftlichen Vermittlung. Perez erklärte, es gibt nur einen Schuldigen: den Weltkrieg. Perez hat die Wahrheit gesprochen.

Perez hat aber zugleich eine furchtbare Gefahr enthüllt. Neben der romantischen Glorifizierung des Krieges, einem fortwährenden Fluch von Jahrzehnten, kann der Krieg eine andere, reale Gloriole enthalten: der große Weltübergang, der jede Hand bräutet, der jeden Ueberflüssigen in Ware vermindert, der die Preise in die Höhe treibt und noch nicht seinem offiziellen Ende eine lang andauernde Scheinrentenkurve für den Ertrag der verminderten Werte schafft. Für die Massen der Erwerbslosen, für Fabrikanten und Händler können so die Schreden des Krieges verfallen und der Krieg kann als Helfer aus den taufenden Sorgen des Alltags erretten.

Wer den Frieden will, muß auch mitarbeiten, um die Weltwirtschaft auf das letzte Fundament friedlicher Entwicklung umzuwickeln. Die Kosten jedes Krieges werden erst gezahlt, nachdem die Wiederaufbau-Konjunktur durchgeschritten ist. In diese Periode der Kriegszerschlagung ist die Weltwirtschaft seit 1929 eingetreten.

Einschneidend für unsere heutige Situation ist der Umstand, daß wir nicht wie vor dem Kriege mit einer stetig ansteigenden, sondern mit einer abklingenden Konsumfähigkeit des Weltmarktes zu rechnen haben. Darum werden auch in Zukunft, so lange dieser Zustand anhält, die Konjunkturwellen flachler, traurig und flach, die Depressionen aber tiefer und lang andauernd sein.

Der verzweifelte Kampf um die Erhaltung ungesunder Preise, der durch Jahre die Herren der Kriegskonjunktur aufgezehrt hat, ist jetzt zum Abschlus gekommen und hat einer ratlosen Weltlage Platz gemacht. Die Opfer dieses Kampfes sind ungeheuer. Man berechnet das in Aktiengesellschaften investierte Weltkapital auf 450 Milliarden Dollar, davon allein 150 Milliarden in den U. S. A. Wäre dieses ein Drittel dieses Kapitals, als der Jahrezwert der gesamten Weltproduktion, ist in den letzten zehn Jahren verfallen. Mehr noch dazu die Verluste, die den Besitzern der Rohstoffe durch den Preisverfall erwachsen sind, so zeigt sich, um wieviel ärmer — vermeintlich — die Welt geworden ist. Trotzdem aber wird sie ebenso reich wie zuvor sein, wenn sie mit den vorhandenen Kapitalien die gleiche Warenmenge wie früher kaufen kann.

Da der Weltmarkt der Kriege weit häufiger vermindert, als die folgenden Depressionen Naturnotwendigkeiten sind. Nach den napoleonischen Kriegen und nach dem Krieg 70/71 hat jeweils eine kurze Nachkriegskonjunktur Depressionen von etwa zwei Jahrzehnten Platz gemacht. Wem spricht dafür, daß die Depression nach dem Weltkriege trotz des geänderten Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung sich als relativ kurzfristig erweisen wird?

Rückblickend kann man die lange vererbte Auffassung kaum verstehen, daß nach dem Weltkriege eine allgemeine Preissteigerung noch nach Befriedigung des einseitigen, unumkehrbaren Warenüberschusses gerechtfertigt sein sollte. Die ungesunde Ueberlieferung der Produktion hätte allein schon einen Rückgang der Preise bis auf oder unter das Bretagneiveau bedingt. Wenn dazu die Goldproduktion um etwa ein Drittel hinter der natürlichen Ausweitung des Handelsvolumens zurückbleibt, so müssen bei steigender Kaufkraft des Goldes die Weltmarktpreise weiter ansteigen, das Bretagneiveau fallen. Alle heimischen Wertgegenstände der nationalen Wirtschaftssphären werden die Entwertung befürchten, unter unheimlichmäßigem Opfer verdrängen, aber nicht aufheben. Darum muß eine gesunde Weltwirtschaftspolitik auf eine möglichst reibungslose Anpassung der Preise und Löhne an die veränderten Grundlagen der Weltwirtschaft bedacht sein. Der andere, bisher übersehene, aber entscheidende Bestandteil durch hohe, aber kurzfristige Löhne zu stabilisieren, führt unangenehm zu einer mißverbalten Rationalisierung, zur Auslösung menschlicher Arbeitskraft durch nur scheinbar rentable Maschinen und damit zur Steigerung der Arbeitslosigkeit bis zu unerträglichen Ausmaßen.

Solange die Ware „Gold“ sich nicht durch Erschließung neuer Fundstellen verbilligt, muß mit zunehmender Kauf-

Wachsende spanische Währungsorgen

Pesetensturz ohne wirkliche Veranlassung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 30. MAI

Das scharfe Abgleiten des Währungsorgens errät in Spanien allgemein schwere Folgen. Bestimmten schon das englische Pfund schon auf 80, ja das Schillinggehalt der deutschen Inflation steigt vor nicht langer. Der Exporteur, den Verfallungen angegriffen sind, wenn sie ihre Devisen nicht sofort umzuwandeln, sind ebenfalls sehr kempfrichtig.

Die Hauptgründe für den Währungssturz sind rein psychologische Art: Mißtrauen im Ausland, Alarmierung im Inland. Vieles hängt sich auf übertrieben beurteilte Ereignisse im Land; aber auch politische Gerüchtemoder vermehren die allgemeine Resignation.

Tatsächlich ökonomische Gründe für das Abgleiten der Peseta sind nicht vorhanden. Preisänder, Handelsbilanz, Erntestand usw. sind normal oder günstig. Die von der Regierung durchgeführten und gesamtlichen Sparmaßnahmen werden ebenfalls günstig wirken. Die der Bank von Spanien erteilte Ermächtigung, den Notenumschlag auf fast sechs Milliarden zu erhöhen, ist an sich nicht sehr beunruhigend, da schon vor zehn Jahren diese Summe, freilich als Höchstgrenze, festgelegt wurde und die nötige Golddeckung vorhanden ist.

Hoffentlich wird die Kapitalflucht als Hauptgrund des Sinkens der Peseta angesehen. Die der Zirkulation entzogenen etwa 800 Millionen Pesetas sind aber mindestens zu zwei Drittel im Land verbleiben und ruhen in Kassenschränken und Schließfächern verborgen. Die Furcht, das Bankrott gehen werden können, veranlaßt viele Kontostände, ihre Gelder abzurufen.

Was auslösen aus dem heiligen Stillestand der Peseta mit Beitrag, was der schließlich das dreijährigen Stützungsversuchens mit der russischen Staatspapierflucht. Sollte die Regierung die Gelegenheit benutzt, was nicht das Petrololeummonopol abzuschaffen, aber mit den feinergetragenen Petroleumtrübs wieder abzuschließen, so wäre damit ein für Spanien günstiger Faktor geschaffen worden. Inaugurirt wird sich der Außenvertrag aus dadurch aus, daß vielfach die Auffassung besteht, die der russischen Geschäftigkeit zu zahlenden Gelder würden in Spanien verbleiben und für Konsumgüterverwendung finden.

Wenn jedoch das Kapital und die Geschäftigkeit in Spanien den augenblicklich übermäßig gemessenen Optimismus überwinden, und wenn die Regierung mit feiner Hand ihre Aufhebung niederschlägt, so dürfte das Abgleiten der Währung bald zum Stillstand kommen. Die Hauptrolle ist zunächst durch die goldene glückliche Zeit bis zur Wahl der Nationalversammlung in vier Wochen glückliche hindurchzukommen.

Nach Beendigung des Ministerrats heute nach demontieren die Minister die seit Tagen agitierenden Streikerngerichte und erklären, das Kabinett sei jetzt eben einig wie am Anfang und würde bis nach Einberufung der Nationalversammlung wie vereinbart zusammenarbeiten.

Philippe Dubets Würder gestift

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 30. MAI

Die von dem französischen Bonapartistenführer Louis Dubet immer wieder gegen die französischen Behörden benutzte mythenhafte Erinnerung seines 15jährigen Sohnes vor acht Jahren scheint jetzt endlich ihrer Auflösung entgegenzugehen.

Im Juchtsbau von Agen hat ein früherer Student der Rechte, Adouard, der wegen einer Reihe von Delikten eine längere Zuchthausstrafe verbüßt, erklärt, er habe damals den jungen Philippe Dubet ermordet. Während seiner Studienzeit habe er viel in Anwaltsbüros verkehrt. Dort habe man behauptet, den jungen Dubet anzuklopfen, und er persönlich habe den tödlichen Schuß auf ihn abgegeben.

Angehörig behauptet der zum Goldlieb geborene Student, daß er später, im Januar 1927, dem tierischen Bestimmungskriterium in Paris, Gaston Del, Schmutzladen im Werte von 1,2 Millionen Franken gestohlen habe. Der Justizminister, der sich seit vier Jahren in Agen befindet, ist sofort nach Paris gebracht worden. Da man aber doch etwas an der Wahrheit seiner sensationellen Schilderung zweifelt, soll er zunächst auf seinen Verhaftungsort unterstellt werden.

Erklärung

Der Verlag Ullstein teilt mit:

Nachdem bereits vor einigen Wochen die Herren Pans, Louis und Rudolf Ullstein in ihrem Bedauern darüber Ausdruck gaben, daß Frau Dr. Wollf Ullstein-Ehrenberg zum Gegenstand von Angriffen geworden ist, die sich als unbegründet erweisen, haben Verhandlungen stattgefunden, die nunmehr zu einer Biedererstattung der für Widder führten. Die Herren Dr. Frau Wollf und Hermann Wollf werden danach wieder ihre volle Tätigkeit dem Hause widmen. Dr. Franz Ullstein hat neben Dennis Ullstein den Vorhöl im Auftritte, Hermann Ullstein neben Rudolf Ullstein den Stellvertreter den Vorhöl übernommen. Pans Ullstein wird den Ehrenvorhöl führen.

Kauf des Goldes gemeldet werden. Nun ist die Aussicht auf sinkende Preise lieber der größte Feind jeder konjunkturellen Erholung und alle Mittel, die Weltmarktpreise vom Golde unabhängig zu machen, finden lebhafteste Beachtung. Diese langen die vorgeschlagenen Mittel im allgemeinen nichts aber nur wenig.

Es folglich nicht begreifbar, dass Silber wird neuerdings der Realwertierung des Geldes durch das Wort gerecht und daher perfidisch hat die Patentoffiziere über dieses neue und sooper populäre Projekt übernommen. In Wahrheit aber ist das Silber durch Maßnahmen von der Produktionsseite her und durch die Unmöglichkeit der Produktionskontrolle kein Gegenmittel im monetären Sinn mehr. Nur China und Sibirien halten noch an der Silberwahrung fest, werden aber beide über kurz oder lang zur Währungsübertragung. Trotzdem hat die Detourne des Silberpreises, der allein seit Anfang 1930 um 40 p. S. gefallen ist, die Kaufkraft von 800 Millionen Menschen im fernen Osten sehr deprimierend verändert. Die Silberfische Chinas werden auf drei Milliarden Litzen und die Indiens auf fünf Milliarden berechnet. China muß seinen Einfuhrüberschuß und seine finanziellen Verpflichtungen in Silber abdecken, also in einer Wäre, die nur noch in beschränktem Maße außerhalb des Landes Käufer findet. Zugewinnen würde sich keineswegs ein Silber auf dem Weltmarkt zu entdecken. Aus diesen Gründen kann eine Revalorisierung des Silbers keine Hoffnungen für die Weltwirtschaft erwecken.

Es muß daher eine mehr wirtschaftliche Lösung im Gegenfalle der vorerwähnten finanziellen Lösung der Weltwirtschaft, angelehnt werden. Jede Revalorisierung des Goldes in politischen Maßstäben und jede politische Festschließung des Goldstromes muß die Weltwirtschaft und den Verfall der Weltpreise verschlimmern. Das Finanzamt des Völkerbundes hat diese Frage durch einen besonderen Ausschuss prüfen lassen, der einen bedeutsamen Bericht gemacht hat. Die übliche Inflationsrate der wichtigsten Staaten im Jahre 1928 betrug durchschnittlich 33 bis 40 p. S. des Umlaufums. Darüber hinaus werden aber zahlreiche Staaten angelehnt, deren unproduktive Ausflistung der Goldmenge und damit den Verfall der Warenpreise verursacht. Würde die Gesamtsituation der Weltwirtschaft politisch entspannt, so bestände kein Anreiz, die eigentlich nur traditionelle Höhe der Goldmenge zu erhöhen. Ein solches Verhalten würde die wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder — herabzusetzen. Bei einer solchen Aktion würde die Bank für internationalen Zahlungsverkehr ausgleich führend eingreifen. Leider deutet keinerlei Anzeichen darauf hin, daß diese Initiative mehr sein will als ein neuer bürokratischer Organismus. In ihr aber wäre die W. B. S. berufen, durch Lösung der Emmissionsfähigkeit der Notenbanken die Weltwirtschaftsnotwendigkeit zu mildern. Die Weltwirtschaftsnotwendigkeit ist ein allgemeines Erkenntnis der großen Zusammenhänge zwischen Goldwert und Goldproduktion auf der einen und der Entwicklung der Warenpreise auf der anderen Seite zu vertrauen. Für Deutschland hat diese Frage aber eine tiefere Bedeutung erlangt. Die Weiterleitung der Reparationsverpflichtungen mit veräuertem Gold bei höchsten Zinsen für langfristige Kredite kann nur zum Zusammenbruch oder zu einer ungeliebten gestellten Fiktive — entzogen. Die Frage ist aber politisch bedingt und nicht rechtlich. Willkommen über die Einigkeit und die Handlungsfreiheit der Staatsmänner in den Gläubigerländern. Die deutschen Zahlungen spielen in den Budgets eine beachtliche Rolle, die alle bei der Belastung mit Kriegsschulden oder Erwerbslosigkeits bedrohliche Defizits aufweisen, während die Steuerquellen weitgehend erschöpft sind.

Die natürlichen Gesetze der Weltwirtschaft sind unsere Bundesgesetze. Die Wirtschaftslage gestaltet auch den noch reicheren Ländern nicht, für das verfehlte Experiment der finanziellen Kriegsgeldübertragung zunehmende Verelendung als Zwang zu geben. Alle Eingriffe auf der Seite der Produktion können die Krise nicht lösen. Nur wenn der Konsum sich wieder in aufsteigender Linie bewegt, kann das Lebensangebot an Rohstoffen und Fabrikaten Käufer finden.

Polnische Vorkredita in Letzland

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

RIGA, 30. MAI

Im letzten Parlament waren die Polonisierungsbestrebungen im öffentlichen Letzland, der Gegen von Dünaburg, Opatowen außerordentlich heftiger und leidenschaftlicher Debatten, die besonders der Winten Gelegenheit zu scharfer Kritik gaben. Es sagt sich einiger Zeit eine parlamentarische Untersuchungskommission, die in getrennten Sitzungen die Angelegenheit, die gegen die tatsächliche Geschäftstätigkeit jener Gegen und gegen politische Wähler, insbesondere gegen den Führer des Polenbundes in Letzland, den Abgeordneten Wilschewski, erhoben werden. In der letzten Debatte kam zum Ausdruck, daß es sich bei dem vertraulichen Material, das der Kommission vorliegt, um schwerwiegende Beweise gegen polnische Geschäftsleute, die eine irreverentente Politik in den Provinzen Letzlands bestritten werden.

Umbau der Belgrader Diktatur

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUDAPEST, 30. MAI

Wie aus Agrar gemeldet wird, soll während der für heute erwarteten Anwesenheit des jugoslawischen Reichspräsidenten in Agrar eine bedeutsame Umwandlung im diktatorischen Regime Jugoslawiens vor sich gehen. Angeblich wird eine neue Staatspartei gegründet werden, deren Vorsitzender der jetzige Ministerpräsident, General Djimitowitsch, werden soll. Als sein Nachfolger im Ministerpräsidentium wird der Präsident der Radikalen Partei, Stanojeewitsch, genannt.

Der Stahlhelm in Breslau

Seldtes provokatorische Rede

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 30. MAI

Am 12. Reichstagswahltag" des Stahlhelms, der heute und morgen in Breslau stattfindet, sind aus dem Reich 66 Sonderzüge nach Breslau befohlen, und Kommunisten zu Zusammenkünften, doch es gelang der Polizei, schnell die Abbe wiederzuerstellen. In Breslau selbst hat es sich jetzt lediglich kleine nächtliche Prägelien gegeben. Allerdings verurteilen die Nationalsozialisten in dem Stahlhelmschiff die politischen und inneren wieder Strafbemerkungen zu verurteilen.

In der Zeit kam es auf dem Reichspfad zwischen einer größeren Gruppe von Stahlhelmlern, die sich auf dem Reichspfad nach Breslau befanden, und Kommunisten zu Zusammenkünften, doch es gelang der Polizei, schnell die Abbe wiederzuerstellen. In Breslau selbst hat es sich jetzt lediglich kleine nächtliche Prägelien gegeben. Allerdings verurteilen die Nationalsozialisten in dem Stahlhelmschiff die politischen und inneren wieder Strafbemerkungen zu verurteilen.

Eine große Strafbemerkung gegen den Stahlhelm, die von den freien Gewerkschaften, dem Reichsbanner und der Sozialdemokratischen Partei vorbereitet war, ist auf Grund der Vorbereitung verboten worden, ebenso eine Erklärungsmanifestation, die im Stahlhelmsinn von Breslau stattfinden sollte, zu einer Zeit, wo eine offizielle Stahlhelmsammlung weit vor den Toren angelegt war.

Der Stahlhelm befindet sich in der Zeit seines 12. Reichsapells in einer nicht große glücklichen politischen Situation. Das Parte Ansehen der nationalsozialistischen Bewegung und die Haltung der Arbeiterbewegung, die Führung, sich immer mehr auf sie zu stützen, hat dem Stahlhelm manche Einbuße gebracht. Die „programmatische Rundgebung“ des Bundesführers Selbte in Breslau vor dem auch mehr eine Verteidigungserbe als eine wirklich offensive Rundgebung, wie man sie eigentlich erwartet hatte. Selbte wird darauf hin, daß der Stahlhelm schon seit vielen Jahren große politische Bewegungen in Angriff genommen habe, und wollte damit gewissermaßen das Recht der Priorität für sich in Anspruch nehmen.

Die ersten beiden Pläne eines Stahlhelmschiffabzugs (im Jahr 1926 und 1928) habe er nur auf Witten bei „nationalen“

Parteien und in absondere von Eugen Herber durchgeführt. Der „Stahlhelm“ am 14. September wurde aber in einer Kritik auf den Vorbereitungen des „Stahlhelms“, über die etwas peinliche Frage nach der Durchführung des Stahlhelmschiffes in Breslau ging es mit der Formulierung hinüber, daß man ihn durchführen werde, wenn es dem Stahlhelm, und nicht wenn es der Preisregulierung helfe.

Im übrigen war die Rundgebung durch diszipliniert aufgeführt, eben dem ehemaligen König von Sachsen gab der Stahlhelm die Programm in Sultenform mit seiner Familie dem „Stahlhelm“ die Ehre des Ehrentitels. Sein eifriges Solatieren vor den höchsten dieses politischen Verbandes wurde allerdings nicht einmal mit einer offiziellen Begrüßung belohnt. Im Gegenteil, die Bundesführer betonte ausdrücklich noch einmal, daß der „Stahlhelm“ die Frage der Einigkeit im Interesse einer möglichst großen Geschlossenheit der Bewegung vorläufig beiseite gestellt habe.

Womit Selbte im übrigen die Begrüßung der Wafen weckte, waren sehr billige und feinesame wegwiesende erlernungslehrende Schlußworte und „Friedrich“ eine der Art: „Wir kommen zum nächsten Aufkommen. Das Abend ist noch, und das Stück ist noch voll.“ Oder: „Die Rot des Wafes kann man nicht durch Abwehrungen bannen, nur der Einsatz des ganzen Volkes kann die deutsche Art retten.“ Daneben einige historisch nicht unumwundene Eingangsreden, der Verkauf Vertrag sei einem hungenenden und führerlosen Volk auferlegt worden. Und bemerkenswerterweise in diesem Zusammenhang sein Auflehen der Totalschuldfrage aber andere betont extreme Angriffe. Auch der angebotene außenpolitische Vortrag in dieser Richtung sei nicht ohne Grenzen sein. Das man die berechtigten Forderungen nicht anerkennen wolle, und daß die verlorenen Werte wieder deutsch und feil werden wollen, haben auch andere wesentlich weniger militärische politische Frage seit Jahren betont.

Die „programmatische Rundgebung“ brachte also kein „Programm“, wenn man nicht die bereits früher angekündigte „Wichtigsten politischen „Anwerber-Pläne“ als solche nehmen will, der den Volkseinsatz in Breslau, die Landtags- und Reichstagsreden und die Reichspräsidentenwahl in sich schließen soll.

Die Berliner Kravalle

Ein zweites Todesopfer

Polst, der glänzende Waldsteinbauer Wilhelm Schütz aus Udenberg, Weststraße 2, erhielt einen Handhieb.

Am Mittwoch war es der Polizei gelungen, Ruhe zu schaffen. Es sind insgesamt 28 Kommunisten festgenommen worden, die zwar sämtlich befreiten, an den Wunden beteiligt gewesen zu sein, aber nicht überführt werden konnten. Die Ermittlungen der Polizei sind noch in vollem Gange. Sie erstrecken sich nicht nur auf die Feststellung der unmittelbar Beteiligten, sondern auch der Hintermänner, die durch die Denunziation und Verbreitung des Flugblatts schwere Schuld auf sich geladen haben.

Neue Wlntopfer

Wieder haben Straßenumruhen Tote gefordert. Ein bei den Wunden hinfüßiger, Straßenumruhenbenutzer und Stadtratsmitglied der Schutzpolizei ist als Opfer treuer Pflichten erlegen. Die auf ihm belagerten Angehörige von Stahlhelmlern, die auf dem Wege zur Reichsleitung ihres Verbandes waren, Schäden an Leib und Leben. Die Verantwortung für dieses verheerliche Untergang trifft die Kommunistische Partei und die kommunistische Presse. Politische Gegenüber, die sich in der Verantwortung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Gruppe durch Revolverfische Abbild zu tun, ist nicht nur verbrecherisch, sondern auch sinnlos.

Der deutsche Boden und die deutsche Sache sind aber zu gut dafür, um von den Radikalen getrennt zu werden. Die Polizei erfüllt ihre Pflicht, wenn sie die Bürger, auch die im „Stahlhelm“ organisierten Bürger, schützt. Schützt vor den fanatisierten Wlntopfern, die im Landessinn den Feind hassen, den man nicht, um wen es geht, und nun erst es nach dem Einbau des im Schwannmrad, netzweise sinnlos ist hoffnungsloses junges Leben, ein selbstgelegten Menschen, dem der Volksstaat zum Aufstieg helfen wollte.

Zwei Leben verlorst, um nichts und wieder nichts! Die Wlntopfer aber, die hier liegen und aufsteigen, ist groß und unentsagbar.

Der üblich verlegte Politische Parteigänger galt als einer der höchsten Beamten der Berliner Schutzpolizei, der sich jetzt dem Abendmahl zum das Wlntopferexamen nachbereitete. Die Befragung des Beamten, der eine Junge Frau hinterließ, findet am Dienstag um 5 Uhr auf dem Reichspfad in der Spandauer Straße.

Schurman fährt nach Heidelberg

Der frühere Volksoficer der Vereinigten Staaten in Berlin, Schurman, ist auf dem Stadtpfad „Bremen“ nach Deutschland abgereist. Schurman beschäftigt, an der Einrichtung des neuen Lehrgebäudes der Universität Heidelberg, deren Ehrenprofessor er ist, teilgenommen.

